

MANIFEST ANLÄSSLICH DER WAHLEN ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 22. SEPTEMBER 2013*

Flugschrift als Anreiz für Nichtwähler – Verfasst von der Bürgerinitiative gegen das Ignorieren der Kriegspolitik im Wahlkampf

SAGEN SIE „NEIN!“ ZU WELTWEITEN KRIEGSEINSÄTZEN DER BUNDESWEHR

Wir sorgen uns um die demokratische und friedliche Entwicklung unserer Bundesrepublik. Wir rufen daher den neu zu wählenden Deutschen Bundestag (das uns Bürgerinnen und Bürgern am nächsten stehende Repräsentativorgan) und die Regierenden in Bund und Ländern auf:

„Sagen Sie entschlossen **Nein** zu der sich immer schärfer abzeichnenden Kriegspolitik, die den beklemmenden Eindruck erweckt, als könnten mit der faktischen Umstellung der Bundeswehr auf eine Berufsarmee jetzt alle Hemmungen abgestreift werden. Nach dem Motto: Die wussten, was sie taten und haben es nicht anders gewollt! Die Stunde für eine deutliche Abkehr von der militärisch geprägten Außenpolitik ist noch nicht verpasst. Wir erwarten Ihre begründeten Antworten.“

Wir erschrecken über Äußerungen, nach denen unsere Bundesrepublik im Verbund mit der NATO und EU gewillt und bereit ist, eigennützig Wirtschaftsinteressen und Zugänge zu Rohstoffen, Märkten, Handelsströmen vermehrt mit militärischer Gewalt abzusichern und durchzusetzen.

Mitte der 1950er Jahre war die umstrittene Aufstellung von Streitkräften in der Bundesrepublik strikt auf Verteidigung des Landes beschränkt. Es galt eine betont zurückhaltende, vorsichtige und friedliche Außenpolitik zu gestalten. Nicht gedacht war der gegenwärtige Wahn, überall dabei sein zu „müssen“; sich als weltweit einsetzbare Kampfarmee zu präsentieren, Auslandseinsätze zu proben (z.B. den Häuserkampf in der eigens zu diesem Zweck mit mindestens **100 Millionen** Euro zurzeit gebauten Kleinstadt Schnögersburg in Brandenburg, womöglich mit privatem Betreiber) und später in aller Welt zu praktizieren.

Die NATO bleibt trotz ursprünglich andersartigem Auftrag und kürzlich anders lautender Ankündigung ein Nuklearbündnis: Die Verheißung des Atomwaffensperrvertrags, die atomare Abrüstung voranzubringen und aus Deutschland abzutransportieren, läuft seit Jahr und Tag ins Leere. Statt ernsthaft Verhandlungen zu beginnen, werden weitere **10 Milliarden** Dollar in die Modernisierung atomarer Bewaffnung gesteckt. Die Bundesregierung will unbedingt dabei sein und fördert als Träger atomarer Waffen den Tornado bis vorerst 2024 mit **250 Millionen** Euro.

In Pakistan, Afghanistan, Jemen, Irak, Somalia haben die USA in den letzten fünf Jahren Kampfdrohnen eingesetzt. Mehr als **3000 Menschen** sollen vermutlich getötet worden sein, darunter etwa 700 Zivilisten, mitgerechnet 176 Kinder. Die steigenden Opferzahlen, vor allem auch unter der Zivilbevölkerung, werden äußerst verschwiegen gehandelt. Mit Unverständnis und wachsender Verbitte- rung über die Urheber reagiert die verängstigte Bevölkerung immer häufiger. Deutsche Rüstungsfirmen dürfen dennoch auf lukrative Aufträge für mörderische Drohnen hoffen.

Warum werden zivile Projekte stets nur drittklassig gefördert oder gar vergessen, Rüstungsexporte an Diktaturen in aller Welt aber in geheimen Sitzungen ohne Parlamentsbeteiligung genehmigt und vervielfacht? Warum muss unser Land weltweit an 3. Stelle aller Rüstungsexporteure stehen und europa- weit Spitzenreiter sein? Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben seit 1992 **17052 Milliarden** Euro gekostet (ohne Personalkosten, aber mit „Auslandsverwendungszuschlägen“).

Ungeachtet einer überwältigenden Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik und gegen ihren Willen beteiligt sich Deutschland seit 12 Jahren an dem Krieg in Afghanistan. Der Einsatz und der Tod deutscher Soldaten (2001-2013: 54) wird damit begründet, sie verteidigten am

* Mit der Bitte um Unterstützung, Weitergabe, Kopie, Verteilung an Freunde, Nachbarn, Kollegen, Fremde ...
– Über den Wahltag hinaus!

Hindukusch die Freiheit und deutsche Interessen. Das ist eine Zwecklüge!, urteilt der Historiker H. Donat in seiner Notiz für dieses Manifest: Die Haltung der Bundesregierung und der übergroßen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen „erinnerten ihn an preußisch-deutsches Machtstaatsdenken“; das Kriegsminister Roon (1859-1874) folgendermaßen zum Ausdruck gebracht hat: Da Preußen bzw. Deutschland unter den Großmächten ein Emporkömmling sei, habe es sich eben darum stets als verantwortungs- und kriegsbereit zu zeigen, und wo es „Händel“ gebe, da müsse Preußen dabei sein.

Nein, Deutschland muss nicht dabei sein! Wie lange noch wollen wir Wählerinnen und Wähler die gegen den Geist des Grundgesetzes und des Völkerrechts sich entpuppende Kriegspolitik widerstandslos und stumm hinnehmen?

Antworten auf die vor allem auch an uns selber, Wählerinnen und Wähler, gerichteten Fragen fallen nicht leicht. Es gilt aber eine Wahlentscheidung zu treffen, ob wir künftig die größten Krisen der Welt zu bewältigen versuchen, z.B. den Klimawandel, die Versorgung mit Nahrungsgütern, die Umweltkatastrophen, das Arm-Reich-Gefälle samt weltweiten Wanderungsbewegungen, oder ob wir einen Großteil unserer Wirtschaftskraft nutzlos verschleudern und Leib und Leben unserer Soldaten – einschließlich ziviler Opfer – riskieren.

Nach den verheerenden Erfahrungen des blutigsten Jahrhunderts der Weltgeschichte darf es uns einfach nicht gleichgültig sein, wenn die friedliche Kultur, die wir mit unserer Arbeit in den zurückliegenden 65 Jahren gern mit aufbauen halfen, an deren langsamen Fortschritt wir vielerorts ernsthaft mitgewirkt haben, von einem satten Hundert neokolonial gesonnener Politiker dem schleichenden Zerfall (seit 1992 ff.) preisgegeben wird.

Was jetzt und morgen tun?

- Bestürmen Sie zum Beispiel die Partei Ihrer Wahl mitsamt den von ihr aufgestellten Kandidaten! Lassen Sie sich nicht ins Koma reden!
- Fordern Sie von Ihren Wahlbewerberinnen und -bewerbern eine deutliche, öffentliche Aussage in Presse oder Internet – vor der Bundestagswahl am 22. September.
- Fragen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten, welche friedlichen Konzepte sie bislang entwickelt oder unterstützt haben.
- Lassen Sie sich erklären, ob und wie eine Abkehr von der höchstrichterlich begünstigten Kriegspolitik erreicht werden kann.
- Beobachten Sie bitte in der nächsten 18. Legislaturperiode intensiv die gewählten Volksvertreter, ob da ein Fünkchen Mut aufblitzt, nicht Alles und Jedes, was Bundesregierung und Fraktionsobere dem Gros der Abgeordneten und uns allen zumuten, freundlich, mehrheitskonform und eilig abzunicken!
- Adressieren Sie diese Flugschrift oder Ihren eigenen, wirksamer verfassten Text mit Ihrer Adresse und Ihrer Unterschrift an: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder mit Web-Formular über www.bundestag.de. – Aus der Flugschrift wird so eine Petition.

Wir Initiatoren fordern für Sie und uns ein gründliches Prüfverfahren gemäß Art. 17 und 45c GG, Petitionsgesetz (G45cGG), Geschäfts- und Verfahrensordnung für die beim Bundestag eingegangenen Beschwerden sowie überzeugend begründete Antworten nach den Wahlen.

Bürgerinitiative gegen das Ignorieren der Kriegspolitik im Wahlkampf: Gez. Reinhard Bockhofer, Helmut Donat, Horst Isola, Eberhard Ludewig, Dagmar Meine, Jürgen Meine, Dr. Andreas Röpcke, Helmut Schamberger, c/o Max-Planck-Str. 56, 28357 Bremen, Tel.: 0421-256970, Mobil: 0170 8257677

PS.: Versäumen Sie bitte nicht den Termin der Bundestagswahlen am 22. September 2013. Nutzen Sie bitte Ihr wichtigstes Grundrecht (und zwischen den Wahlen Ihr gutes Petitionsrecht).

„Ich verlasse dich“, flüstert die Demokratie, **„wenn du nicht wählst.“**